



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **SÖDER UND FÜRACKER: GRUNDERWERB FÜR LANDESAMT FÜR DIGITALISIERUNG, BREITBAND UND VERMESSUNG IN WALDSASSEN BEURKUNDET – Nächster Schritt der Behördenverlagerung // 70 sichere staatliche Arbeitsplätze kommen nach Waldsassen**

SÖDER UND FÜRACKER: GRUNDERWERB FÜR LANDESAMT FÜR DIGITALISIERUNG, BREITBAND UND VERMESSUNG IN WALDSASSEN BEURKUNDET – Nächster Schritt der Behördenverlagerung // 70 sichere staatliche Arbeitsplätze kommen nach Waldsassen

23. Februar 2018

Waldsassen erhält im Rahmen des Konzepts „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerung“ mittelfristig 70 qualifizierte Arbeitsplätze in der neu zu errichtenden Dienststelle „Geo-Datenbank Bayern“ des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV). „Die heutige Unterzeichnung des Grundstückskaufvertrags für das LDBV ist ein wichtiger Meilenstein zur Umsetzung der beschlossenen Verlagerung und zur Stärkung des Behördenstandorts Waldsassen“, freute sich Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich des Kaufvertragsabschlusses durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY). „Digitale Geodaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung für ganz Bayern werden künftig in amtlicher Qualität und stets aktuell in Waldsassen erstellt“, teilte Söder mit. „Die Dienststelle schafft neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Verlagerung der Geo-Datenbank Bayern ist ein Gewinn für Waldsassen und die gesamte Region“, ergänzte Finanzstaatssekretär Albert Füracker.

Die Verwirklichung eines Neubauvorhabens nach dem Abriss des Gebäudealtbestandes auf dem ca. 6.600 m² großen Grundstück in der Egerer Straße kann nun in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Waldsassen realisiert werden. Am neuen Standort entstehen 70 Arbeitsplätze mit unterschiedlichen Qualifikationen. „Zusammen mit den bereits vorhandenen Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Nordost- und Ostbayern sowie dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz in Tirschenreuth entsteht in der Region ein echter Geo-Schwerpunkt“, betonte Füracker. „Das ist ein Musterbeispiel für passgenaue, aktive Strukturpolitik ausgerichtet an den Bedürfnissen der Menschen.“

Die im Jahr 2015 beschlossene Verlagerung von Behörden ist die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert. Die Oberpfalz profitiert dabei mit insgesamt 374 Arbeitsplätzen.

